

„NEIN zur Windkraftindustrie in den Wäldern des Mühlviertels“

Resolution und offener Brief der Bürgerinitiativen Transparenzinitiative Stifter Forst und Nein zu Windpark 2 Schenkenfelden

Sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP Landesregierung!

Die skrupellose Herangehensweise der Windkraftlobby, das naturzerstörerische Vorgehen der profitgierigen Wald- und Grundbesitzer, die von Geldzahlungen motivierten Handlungsweisen der Gemeinden, die Windindustrieprojekten ohne vorherige Information oder Einbezug der Gemeindebevölkerung auf Basis dubioser Verträge mit den Projektbetreibern zustimmen und die Bewohner der betreffenden Regionen vor vollendete Tatsachen stellen, vor allem aber die notorische Untätigkeit der Oö. Landespolitik, die diesem Treiben, das unter dem Vorwand des Klimaschutzes und der Energiewende fröhliche Urstände feiert, zusieht und in keine geordneten Bahnen lenkt, haben uns veranlasst, diese Resolution zu verabschieden.

Wir möchten vorwegschicken, dass ein großer Teil der Bevölkerung auch in Oberösterreich der Errichtung und dem Betrieb von Windindustrieanlagen zunehmend äußerst kritisch gegenübersteht und unter anderem auch weiß, dass

- die Stromerzeugung mittels Windturbinen aufgrund der geringen Ausbeute ineffizient und kostspielig ist und nur über auch in Zukunft massiv steigende Strompreise, die am Ende die Stromkunden bezahlen müssen, finanzierbar ist;
- Windenergie keine ausreichende und sichere Versorgung der Haushalte sowie der Gewerbe- und Industriebetriebe mit Strom sicherstellen kann (Stichworte: Flatterstrom, Netzinstabilitäten, Redispatch-Maßnahmen, Blackoutgefahr), solange die erforderlichen und finanzierbaren Speicherkapazitäten nicht zur Verfügung stehen;
- Windindustrieprojekte für die Betreiber nur deshalb und nur so lange profitabel sind, solange die Politik für die notwendigen Fördergelder sorgt, die wiederum aus Steuermitteln finanziert werden;
- die Energiewende und damit der „Green Deal“ der EU – wie das Beispiel Deutschland bereits zeigt – mit Windkraft (und PV) faktisch nicht herbeigeführt und auch nicht finanziert werden kann;
- mit der Produktion, dem Antransport, der Errichtung, dem Betrieb und der Entsorgung von Windkraftanlagen massive Umwelt- und Gesundheitsprobleme einhergehen und Windindustrieparks nachteilige Auswirkungen auf das Mikro- und Makroklima mit generationsübergreifenden Folgen haben.

Speziell die Bewohner der Gemeinden und Ortschaften des Mühlviertels, wo Windindustrieanlagen in unberührten Waldgebieten errichtet werden sollen, wissen unter anderem auch, dass

- die Windturbinen aufgrund ihrer Dimensionen einen unvorstellbaren Eingriff in die Natur und in den Lebensraum der Menschen und Tiere sowie in das Landschaftsbild einer gesamten Region darstellen, der auch durch die immer wieder ins Treffen geführte Umweltverträglichkeitsprüfung nicht „umweltverträglich“ gemacht werden kann;

- die Windindustrieanlagen im Mühlviertel (z.B. Sandl, Königwiesen, Schenkenfelden) just in jenen Zonen errichtet werden sollen, die im Windkraft-Masterplan 2017 als Ausschlusszonen ausgewiesen sind (FFH -Gebiete, Important Bird Areas, Vogelzug- und Wildtierkorridore) und die UVP-Verfahren jetzt noch schnell beantragt werden, bevor diese Zonen als Sensibilitätszonen (No-Go Areas für Windkraftanlagen) verbindlich festgelegt werden können;
- dass die Zustimmung der Standortgemeinden zu erforderlichen Flächenumwidmungen oder zur Beantragung des UVP-Verfahrens von den Projektbetreibern durch vertraglich vereinbarte Geldzahlungen schmackhaft gemacht wird und die Projekte von den verantwortlichen Entscheidungsträgern unter bewusster Missachtung des Rechtes auf frühzeitige Information und auf Bürgerbeteiligung an der betroffenen Bevölkerung so lange vorbeigeschwindelt werden, bis die Gemeindebürger vor vollendete Tatsachen gestellt werden können;
- Natur-, Tier-, Landschafts-, Gesundheit- und Umweltschutz unter gehorsamer Berufung auf EU-Vorgaben von den verantwortlichen Politikern dem staatlich geförderten Profitstreben der Windkraftlobby untergeordnet werden und der ungebremste Ausbau von PV- und Windenergie der Bevölkerung als im öffentlichen Interesse stehend und unabdingbare Notwendigkeit zum Klimaschutz sowie zur Herbeiführung der Energiewende verkauft wird;
- das Konzept zur Umsetzung der RED III -Richtlinie, in dem auch die Festlegung von Sensibilitätszonen (No-Go-Areas) vorgesehen sind, in denen Windkraftanlagen nicht errichtet werden dürfen, laut Medienberichten vom Sommer 2024 zur Entscheidung vorliegt;
- der durch die Untätigkeit der zuständigen Entscheidungsträger entstehende Zeitraum bis zur Verbindlichkeit der Zonenfestlegung genutzt wird, für höchst umstrittene Projekte noch schnell das UVP-Verfahren zu beantragen, um rechtzeitig noch „einen Fuß in die Türe“ zu bekommen.

Im Besonderen ist uns zu den aktuell zur Genehmigung im UVP-Verfahren beantragten Projekte im Stiftinger Forst in Königwiesen/St.Georgen sowie in Sandl Folgendes bekannt und betreffend die verbindliche Ausweisung von Sensibilitätszonen speziell anzumerken:

- Beim Stiftinger Forst und den angrenzenden Arealen des Weinsberger Waldes handelt es sich nach fachlicher Einschätzung der Oö. Umwelthanwaltschaft um ein Gebiet, das nicht nur den engeren Lebensraum des Luchses mit einschließt, und somit als „faktisches FFH-Gebiet“ zu werten ist, sondern auch nachweislich um einen sensiblen Vogel-Lebensraum. Das Areal ist Teil des Voralpenkorridors als ökologischer Nord-Süd-Achse zwischen Böhmischer Masse und Alpenraum.
- Der Freiwald in Sandl ist Teil des Grünen Band Europas und zentraler Bereich einer Important Bird and Biodiversity Area, ein Rückzugsraum für Luchs, Wolf und Elch. Sperlingskauz, Waldschnepfe, Haselhuhn und Seeadler finden hier einen herausragenden, natürlichen Lebensraum. Der geplante Windpark Sandl liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Vogelschutzgebieten Waldviertel (Niederösterreich) sowie Novohradské hory (Tschechische Republik) und zudem innerhalb der Important Bird Area Freiwald. Somit liegt er auch innerhalb eines faktischen Vogelschutzgebiets.

Die Vervollständigung dieser Aufzählung würde den Rahmen dieser Resolution sprengen. Das fundierte Wissen der Bevölkerung resultiert aus der Lektüre von wissenschaftlichen Studien und Fachliteratur, sowie aus Fachvorträgen, Stellungnahmen zu Projekten und Projektunterlagen, die allesamt über Internet zugänglich sind und in sozialen Medien durch Vernetzung kritischer Personen und Initiativen geteilt und verbreitet werden, deren Reichweiten jene der sog. Mainstreammedien bereits bei weitem übersteigen und aus Gesprächen mit und Kontakten zu Sachbearbeitern und Behörden. Machen Sie nicht den Fehler zu versuchen, diese Personen

durch sog. Faktenchecker lächerlich zu machen oder als Verschwörungstheoretiker in das „rechte Eck“ zu rücken.

Der Unmut und die Missstimmung in der Bevölkerung über die Untätigkeit und Unfähigkeit der Entscheidungsträger in der Oberösterreichischen Landesregierung, im Interesse der Bevölkerung die notwendigen Rahmenbedingungen für einen menschen-, natur- und landschaftsverträglichen Ausbau der Windenergie in Oberösterreich zu schaffen, ist groß und nimmt überhand. Wir wissen, dass diese Untätigkeit das Resultat des Auspielens von politischen Machtinteressen ist, wodurch eine sachliche und zügige Entscheidungsfindung auf der Strecke bleibt. Dieses „Nichts-Tun“ wird auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen!

Wir fordern daher:

1. Rasche verbindliche Festlegung der Waldgebiete des Mühlviertels als Ausschlusszonen für die Errichtung von Windkraftanlagen unter Heranziehung und Umsetzung der Expertise der Oö. Umweltschutzbehörde (siehe dazu die Stellungnahme der Oö. Umweltschutzbehörde im Rahmen der Pressekonferenz am 9. Oktober 2024)
2. Diese Forderung schließt insbesondere die bereits beantragten Projekte im Stiftinger Forst (Königswiesen/St.Georgen) sowie in Sandl mit ein.
(Anm.: Die Expertise/Stellungnahme der Oö. Umweltschutzbehörde zum Projekt Stiftinger Forst Königswiesen/St.Georgen befindet sich in den Unterlagen zum UVP-Vorverfahren – das gesamte Projektgebiet ist als Sensibilitätszone (No-Go Area) für Windkraftanlagen auszuweisen und das Projekt wird nicht befürwortet!)
3. Hinwirkung darauf und Sicherstellung, dass die Bevölkerung seitens der Gemeinden, in denen Windenergieprojekte geplant werden, im Wege der direkten Demokratie durch frühzeitige Information und die Durchführung von Volksbefragungen in den kommunalen Entscheidungsprozess einbezogen wird.
(Anm.: Von der Gemeinde Königswiesen wurde eine Volksbefragung zum Projekt trotz 592 Unterstützungserklärungen abgelehnt! Das mit dem Hinweis auf einen Vertrag mit dem Projektbetreiber, in dem die Gemeinde zur Zustimmung zum Projekt verpflichtet wurde!)
4. Hinwirken darauf und Sicherstellung, dass es der Windkraftlobby und Projektbetreibern unmöglich gemacht wird, durch der Geheimhaltung unterliegende Verträge mit Gemeinden, in denen neben anderen Vorteilen auch Geldzuwendungen versprochen werden, für sie günstige Entscheidungen und sonstige Unterstützungshandlungen, die auch Verwaltungsakte und damit hoheitliches Handeln zum Inhalt haben, zu vereinbaren.
(Anm.: An dieser Stelle wird auf die Aufsichtsbeschwerden an die IKD betreffend die Marktgemeinde Königswiesen und die Gemeinde Sandl hingewiesen)

Abschließend möchten wir Ihnen noch einen Eindruck darüber vermitteln, wie Ihre Politik vom „Mühlviertler Volk“ wahrgenommen wird und welche Konsequenzen sich daraus, auch mit Blick auf die Landtagswahlen in der Steiermark, für die politische Landschaft in Oberösterreich und damit für die Landtagswahlen 2027, auch auf kommunaler Ebene, ergeben werden.

Die Bevölkerung wendet sich dahin, wo ihre Anliegen nicht nur in leere Versprechungen der Politiker münden, sondern auch konkrete Taten zur Folge haben. Bricht man dies nicht nur beim Thema Windenergie auf die Gemeindeebene herunter, kommen hier derzeit nur zwei politische Fraktionen und sicher nicht die ÖVP in Betracht, die unsere Initiativen tatkräftig unterstützen. Diese Unterstützung wird von uns gerne angenommen, ohne dass es zu einer politischen Vereinbarung kommt, denn unsere Mitstreiter gehören den unterschiedlichsten politischen Couleurs an. Dies setzt sich nahtlos auch auf Landesebene fort!

Ihre Untätigkeit und Ihre Entscheidungsunfähigkeit werden als mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber den Grünen wahrgenommen, die mit ihrer unreflektierten Klimareligion und aberwitzigen Energiewendeideologie nicht nur die Wirtschaft in Oberösterreich gegen die Wand fahren. Ihr Verhalten wird als „Kniefall“ vor der Windkraftlobby und der Windindustrie interpretiert, der sie den Weg zu immer mehr natur- und landschaftszerstörenden Projekten ebnen, mit deren Folgen auch noch die nachkommenden Generationen leben müssen.

Mit Blick auf Deutschland und andere EU-Länder einschließlich Großbritannien hinterfragt die Bevölkerung im Hinblick auf die nicht nur in diesen Ländern bereits investierten Milliardenbeträge die Sinnhaftigkeit und die Erfolgsaussichten des auch in Oberösterreich eingeschlagenen Weges, durch Windkraft und PV die Energiewende herbeiführen zu wollen. Die einzige Konsequenz dieser Strategie sind horrend steigende Strompreise für die Endverbraucher, die die steigenden Netzbetriebskosten, die Kosten zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch Netzeingriffe (Redispatch) und durch den Aufbau von Backupkapazitäten für den Fall von Dunkelflauten und überdies auch noch die Rentabilität der Wind- und PV-Anlagen für die Betreibergesellschaften über Fördergelder finanzieren müssen.

Ihr „Weiter wie bisher“ bzw. Ihr „Nichts-Tun“ stößt auf immer größeres Unverständnis in der Bevölkerung und nährt den Unmut und die Wut über Ihre Politik von Tag zu Tag. Dies wird sich spätestens bei den nächsten Landtags- oder Kommunalwahlen im Wahlergebnis niederschlagen. Wir werden uns vernetzen, um unsere sowie die Interessen der kritischen Bevölkerung in den Projektgemeinden gemeinsam wahrzunehmen. Dazu haben wir bei einem Treffen im Linzer Landhaus am 17. November 2024 den Grundstein gelegt. Wir werden unsere Kenntnisse und unsere Informationen über Sachthemen zur Windenergie, zu den Praktiken der Windkraftlobby und der Windindustrie, zu den Vorkommnissen in den Projektgemeinden sowie zu Aktivitäten und Entscheidungen der Landespolitik der Bevölkerung transparent machen und auch über die Medien und unsere sozialen Kanäle möglichst weit streuen.

Damit wollen wir einen Beitrag leisten, dass in der Oberösterreichischen Landespolitik bei den nächsten Landtagswahlen jene politischen Kräfte gestärkt werden, die nicht aus machtpolitischen Motiven heraus und auf Druck der Windkraftlobby an den Interessen der Bevölkerung vorbei agieren, sondern jene, die die Bedürfnisse und die Wünsche der Bevölkerung als Leitlinie ihres Handelns in den Mittelpunkt stellen.

Königswiesen, am 5. Dezember 2024

Schenkenfelden, am 5. Dezember 2024

Für die Mitglieder
der Transparenzinitiative Stifftinger Forst

Für die Mitglieder der Bürgerinitiative
„Nein zu Windpark 2 Schenkenfelden“



Mag. Christian Jahn

Kontakt:
Sonnenweg 12
A - 4280 Königswiesen
Mobil: +43(0)664/41 55 886
E-Mail: chjahn@chjahn.at



Andreas Kreindl

Kontakt:
Vorderkönigschlag 11
4192 Schenkenfelden
Mobil: +43(0)676/89 87 94 110
E-Mail: andreas.kreindl@gmail.com